



***einfach.  
sicher.  
radfahren.***

**einfach. sicher. radfahren.  
Vision Zero jetzt umsetzen!**

Politischer Leitantrag  
an die ADFC NRW Landesversammlung 2026 in Münster

## einfach. sicher. radfahren. Vision Zero jetzt umsetzen!

**einfach.  
sicher.  
radfahren.**

Politischer Leitantrag  
an die ADFC NRW Landesversammlung 2026 in Münster

Antragsteller: ADFC NRW Landesvorstand  
Eingereicht am: 20.03.2026

Antragsgegenstand: einfach. sicher. radfahren.  
Vision Zero jetzt umsetzen!

Ergebnis: Einstimmig beschlossen.

### Die ADFC NRW Landesversammlung möge beschließen:

Der ADFC NRW setzt sich dafür ein, dass die „Vision Zero“ – niemand wird im Straßenverkehr getötet oder schwer verletzt - zum handlungsleitenden Prinzip der Verkehrspolitik und des Verwaltungshandelns auf allen Ebenen wird. Dazu müssen Politiker:innen, Landesministerien, Kommunen, Polizei und Zivilgesellschaft gemeinsam Verantwortung übernehmen, rechtliche Instrumente konsequent anwenden und vorhandene Handlungsspielräume nutzen. Denn: Sicherheit im Straßenverkehr entsteht nicht allein durch das Verhalten Einzelner, sondern vor allem durch sichere und fehlerverzeihende Infrastruktur. Menschen bewegen sich so, wie Infrastruktur und Regeln es ihnen nahelegen. Wenn Straßen unübersichtlich, Radwege lückenhaft oder Geschwindigkeiten zu hoch sind, entstehen hierdurch unnötige Gefährdungen von Radfahrenden, die sich nicht allein durch Appelle oder individuelles Verantwortungsbewusstsein kompensieren lassen.

Deshalb liegt die Verantwortung für Verkehrssicherheit in erster Linie bei den Institutionen, die gestalten, planen und vollziehen: Politik, Verwaltung, Polizei und Ordnungsbehörden. Ihre Aufgabe ist es, durch konsequente Vorgaben, sichere Gestaltung und verlässlichen Vollzug ein Umfeld zu schaffen, das sicheres Verhalten ermöglicht und begünstigt.

Das Ziel des ADFC NRW ist eine Mobilität, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert: lebendig, sicher, nachhaltig und gesund.



## Einleitung und Begründung:

In den vergangenen Jahrzehnten konnten bei der Verkehrssicherheit zwar Fortschritte erzielt werden, doch steigende Unfallzahlen bei Radfahrenden zeigen: die Straßen sind für Radfahrende oftmals immer noch unsicher. Die Entwicklung ist aus Sicht des ADFC NRW besorgniserregend und steht im Widerspruch zu den Zielen des Fahrrad- und Nahmobilitätsgesetzes Nordrhein-Westfalen (FaNaG NRW). Das Gesetz sieht eine gleichbedeutende Rolle aller Verkehrsmittel vor und stellt mit der Vision Zero – das Ziel, dass niemand im Straßenverkehr getötet oder schwer verletzt wird - die Sicherheit in den Mittelpunkt.

In der Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung (zu §1 StVO) ist die Vision Zero zudem ausdrücklich als Grundlage aller verkehrlichen Maßnahmen festgeschrieben. Trotzdem werden bestehende Rechtsgrundlagen in NRW bislang nicht konsequent angewendet und umgesetzt. Fehlende Kontrollen, überhöhte Geschwindigkeiten und eine autozentrierte Infrastruktur blockieren die Verkehrswende, verhindern, dass Menschen das Rad nutzen und nehmen dem Radfahren viel Attraktivität und Sicherheit.

Echte Verkehrssicherheit entsteht dort, wo Straßen nach den Bedürfnissen aller gestaltet werden: mit angepassten Geschwindigkeitsniveaus, sicheren Querungen, ausreichend breiten, vom motorisierten Verkehr getrennten, durchgehenden und einsehbaren Radwegen sowie einem konsequenten Vollzug der geltenden Regeln. Wenn Wege so gestaltet sind, dass Menschen jeden Alters ohne Angst mit dem Rad unterwegs sein können, profitieren alle: Pendelnde gewinnen Alternativen, der ÖPNV wird entlastet, Kinder können selbstständig mobil sein, Innenstädte werden lebendiger – und NRW wird lebenswerter. Denn nur eine gute Radverkehrsinfrastruktur führt zu mehr Sicherheit und einer Erhöhung des Radverkehrsanteils, hier gilt der Grundsatz aus dem FaNaG NRW und aus den Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA): "Radverkehrsplanung ist Angebotsplanung".

## Zehn Maßnahmen für sichere Mobilität in NRW:

Der ADFC NRW fordert zehn konkrete Maßnahmen, die auf das Ziel der Vision Zero beim Radverkehr einzahlen:

- Mehr Tempo 30 innerorts
- Tempo 70 auf Landstraßen ohne Radweg
- Lückenschlüsse im Radwegenetz
- Anpassung vorhandener Radwege an den Stand der Technik
- Beratungsstellen für mehr Schulwegsicherheit
- Erlass zum konsequenten Vorgehen gegen Falschparken
- Vision-Zero-Schulungen für Polizei und Straßenverkehrsbehörden
- Fahrradstaffeln in jeder Kreispolizeibehörde
- Systematische Kontrolle der Überholabstände
- Bündelung landesweiter Daten zum Radverkehr (Radverkehrs-Dashboard NRW)



## Verantwortung und Umsetzung:

Die Umsetzung aller Maßnahmen erfordert ein gemeinsames Vorgehen:

- Der ADFC NRW bekräftigt die Vision Zero als strategisches Ziel seiner verkehrspolitischen Arbeit und setzt sich ein für einfach. sicher. radfahren.
- Der Landesvorstand wird die in diesem Antrag genannten zehn Maßnahmen gegenüber der Landesregierung, dem Landtag und relevanten Behörden vertreten.
- Der Landesverband setzt sich aktiv bei Netzwerkpartnern und Politik für die gemeinsamen Ziele des besseren Miteinanders im Straßenverkehr, der besseren Regelkenntnisse und der Vermeidung von tödlichen Verkehrsunfällen in NRW ein. Die Kommunikation wird durch die Kreisverbände und Mitglieder unterstützt und in die Breite getragen.
- Der Landesverband betont insbesondere das Ziel des Schutzes von Radfahrenden Kindern, Schüler:innen und Studierenden und bindet den Jungen ADFC dazu aktiv ein.
- Die Kreisverbände werben bei den Akteuren vor Ort für mehr Verkehrssicherheit und bringen an geeigneter Stelle die zehn genannten Forderungen ein.
- Das Land NRW muss verbindliche Rahmenbedingungen schaffen, wirksame Maßnahmen ergreifen und Förderprogramme anpassen. Verkehrspolitische Entscheidungen sind konsequent an dem Ziel ausgerichtet, tödliche und schwere Unfälle ganz zu vermeiden.
- Die Kommunen setzen vor Ort um, prüfen Geschwindigkeiten, gestalten Infrastruktur und kontrollieren Verstöße.
- Die Polizei steht in besonderer Verantwortung, die Prinzipien der Vision-Zero in ihrer täglichen Arbeit zu leben und Vorbild zu sein. Dazu gehört beispielsweise bestehende Anordnungen regelmäßig auf die Verkehrssicherheit zu überprüfen oder sich in Unfallkommissionen konsequent für mehr Verkehrssicherheit auszusprechen. Zudem gilt es, Präventions- und Informationsangebote wieder auszubauen und zielgerichtete Verkehrskontrollen für mehr Radverkehrssicherheit vorzunehmen. Mit Inkrafttreten der Novellen der Straßenverkehrsordnung haben Land, Kommunen und Straßenverkehrsbehörden deutlich mehr Spielraum, um Fuß- und Radverkehr zu fördern und die Verkehrssicherheit (Tempo 30, Radverkehrsanlagen) zu erhöhen. Besondere Priorität liegt nun auf der konsequenten Anwendung der rechtlichen Möglichkeiten und der Stärkung des Radverkehrs in Polizei-, Planungs- und Infrastrukturpolitik.

Nur in dieser gemeinsamen Verantwortung kann es gelingen, die Zahl der Verkehrstoten und Schwerverletzten deutlich zu senken und eine Kultur des gegenseitigen Respekts im Straßenverkehr zu schaffen. Der Landesverband, die Kreisverbände und Ortsgruppen des ADFC NRW bieten dabei Kooperation, Fachwissen und Dialog mit Zivilgesellschaft, Mitgliedern und Verwaltung auf der jeweiligen Ebene an.



# 10 Forderungen für mehr Verkehrssicherheit



Konsequentes Vorgehen gegen Falschparken



Vision Zero Schulungen für Polizei und Straßenverkehrsbehörden



Fahrradstaffeln in jeder Kreispolizeibehörde



Systematische Kontrollen der Überholabstände



Mehr Tempo 30 innerorts



Tempo 70 an Landstraßen ohne Radweg



Beratungsstellen für mehr Schulwegsicherheit



Lückenschlüsse im Radwegenetz



Anpassung vorhandener Radwege an den Stand der Technik



Radverkehrsdashboard für NRW

**einfach.  
sicher.  
radfahren.**